

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 15859
Donnerstag, 16. Juli 2020

Landwirtschaftliches Einkommen war 2019 in Österreich leicht rückläufig	1
Moosbrugger: Bäuerliches Einkommen 2019 stagniert auf niedrigem Niveau	2
EU-Rat: COVID-19-Aufbauplan und langfristiger EU-Haushalt im Fokus	2
COVID-19 trübt die mittelfristigen Aussichten im globalen Agrarsektor	3
Corona-Krise: EU-Kommission fordert Maßnahmen zum Schutz von Saisonarbeitskräften	5
Köstinger: Schulmilchprogramm wird ausgebaut	6
Bundesrat gibt grünes Licht für das Waldfondsgesetz	6
BRD: Erträge bei Wintergerste fallen heuer deutlich geringer aus	7
Problemwolf in Tirol soll mit Sender ausgestattet werden	7
Tirol: Eichenwälder als Klimaschützer	8
Kasachstan: Zu Beginn des Wirtschaftsjahres deutlich weniger Getreidevorräte	9

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Landwirtschaftliches Einkommen war 2019 in Österreich leicht rückläufig

Köstinger: Einkünfte auf niedrigem Niveau - Entlastungspaket umso wichtiger

Wien, 16. Juli 2020 (aiz.info). - Die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft je Betrieb sind in Österreich 2019 gegenüber 2018 im Schnitt von 28.035 auf 27.966 Euro leicht gesunken (-0,2 %). Die Entwicklung verlief je nach Betriebsformen sehr unterschiedlich: Die größten Zuwächse konnten die Veredelungsbetriebe (+33,4%) vor allem durch den Anstieg des Schweinpreises verbuchen, die stärksten Rückgänge gab bei den Dauerkulturbetrieben (-35,8%). Die Futterbaubetriebe hatten auch eine negative Einkommensentwicklung zu meistern. Im Vergleich zum Dreijahres-Mittel gab es im Durchschnitt der Betriebe einen Einkommensrückgang. Landwirtschaftliche Gemischtbetriebe (Höfe mit einer ausgeprägten Diversifizierung - Direktvermarktung, Heuriger, Urlaub am Bauernhof) haben einen Zuwachs von 6,1% erwirtschaftet. Alle anderen Betriebsformen hatten im Dreijahres-Mittel Einkommensrückgänge zu verkraften. Dies geht laut Bundesministerin **Elisabeth Köstinger** aus der Auswertung von Buchführungsdaten von 1.926 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben hervor. * * * *

Klimawandel setzt der Land- und Forstwirtschaft massiv zu

"Das agrarische Einkommen stagniert und liegt nun auf dem Niveau von 2016. Dies zeigt, dass Entlastung für die Land- und Forstwirtschaft dringend notwendig ist. Das Maßnahmenpaket für die Landwirtschaft umfasst 50 Mio. Euro an steuerlichen Erleichterungen und kommt genau zur richtigen Zeit. In Summe haben wir damit Entlastungen in der Höhe von 120 Mio. Euro für die bäuerlichen Familienbetriebe umgesetzt, die jetzt Jahr für Jahr schlagend werden", betont Köstinger.

"Der Klimawandel setzt der Land- und Forstwirtschaft massiv zu, das sieht man auch in der jüngsten Einkommensentwicklung. Ob es der Borkenkäfer in unseren Wäldern oder der Futtermittelzukauf im Grünland ist, all diese Faktoren machen die Bedingungen für unsere bäuerlichen Betriebe immer härter", so die Ministerin. Aus den Zahlen gehe aber auch hervor, dass Betriebe mit einer ausgeprägten Diversifizierung spürbare Einkommenszuwächse verbuchten. Das zeige, "dass die Direktvermarktung als Standbein immer wichtiger wird und die Konsumenten regionale Produkte direkt vom Bauern stark nachfragen".

Ertragseinbußen in mehreren Bereichen

Die Einkommensentwicklung im Jahr 2019 wurde von mehreren Faktoren positiv beeinflusst. Zu nennen sind hier vor allem die Zunahme der öffentlichen Gelder, vor allem bei den Agrarumweltmaßnahmen (ÖPUL), höhere Erträge aus der Diversifizierung, weiters höhere Preise in der Schweinehaltung sowie die Ertragssteigerung im Marktfruchtbau bei Getreide, Hack- und Ölfrüchten.

Dem wirkten jedoch zahlreiche negative Faktoren entgegen, vor allem die Ertragseinbußen in der Forstwirtschaft aufgrund erhöhten Anfall an Borkenkäferschadholz, sowie höhere Sachaufwendungen (Tierzukäufe, Futtermittel, Energie und Instandhaltungen), aber auch gestiegene Abschreibungen für Maschinen und Geräte. Im Obst- und Weinbau wurden niedrigere Erzeugerpreise verzeichnet, und auch in der Rinderhaltung führten Preisrückgänge zu sinkenden Erträgen.

"In den Jahren 2016 und 2017 sind die bäuerlichen Einkommen zwar gestiegen, damit wurden aber lediglich die Rückgänge der Jahre zuvor kompensiert. 2019 sind die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft im Vergleich zu 2018 beinahe gleich geblieben und damit wieder auf dem Niveau von 2016 angelangt. Umso wichtiger ist jetzt das von der Bundesregierung geschnürte Entlastungs- und Investitionspaket", unterstreicht Köstinger. (Schluss)

Moosbrugger: Bäuerliches Einkommen 2019 stagniert auf niedrigem Niveau

Landwirtschaftskammer Österreich: Keine Kürzungen im künftigen EU-Agrarbudget

Wien, 16. Juli 2020 (aiz.info). - "Die Einkommen der österreichischen Bäuerinnen und Bauern sind im Durchschnitt im Jahr 2019 leicht gesunken und stagnieren somit nach einem kurzen Aufschwung auf dem Niveau von 2016. Auslöser dieses Minus waren unter anderem die lang anhaltende Trockenheit als Folge der Klimaverschlechterung und die ungebremste Schädlingsvermehrung im Wald sowie auch auf Ackerflächen. Dieses Ergebnis bedeutet auch in Richtung der derzeit über das künftige EU-Budget verhandelnden Staats- und Regierungschefs, dass ursprünglich geplante Kürzungen im EU-Agrarbudget keinesfalls akzeptabel sind. Denn nur mit einem stabilen Finanzrahmen können die Landwirte all jene Leistungen für die Gesellschaft erbringen, die diese von ihnen erwartet", stellte LK Österreich-Präsident **Josef Moosbrugger** fest. * * * *

Der "Grüne Bericht" wertet für die Einkommensentwicklung die Daten von rund 2.000 freiwillig buchführenden Betrieben aus. 2019 lag das Einkommen pro Betrieb und Jahr bei 27.966 Euro, was einem Minus von 0,2% gegenüber 2018 gleichkommt.

"Wir begrüßen daher die Entlastungs- und Investitionspakete der Bundesregierung. Denn sie helfen in der jetzigen Situation mit, den auch durch die Corona-Krise schwer geschädigten Betrieben wieder Hoffnung zu geben", so Moosbrugger abschließend. (Schluss) - APA OTS 2020-07-16/14:57

EU-Rat: COVID-19-Aufbauplan und langfristiger EU-Haushalt im Fokus

Weniger Gegenwind bei Agrarbudget erwartet

Brüssel, 16. Juli 2020 (aiz.info). - Am 17. und 18. Juli findet die Sondertagung des Europäischen Rates in Brüssel statt. Die Staats- und Regierungschefs werden sich, zum ersten Mal seit Februar, wieder physisch treffen, um den Aufbauplan zur Bewältigung der COVID-19-Krise und einen neuen, langfristigen EU-Haushalt zu erörtern. Bezüglich des künftigen Agrarbudgets erwarten Beobachter weniger Diskussionen als in anderen Bereichen. * * * *

Die meisten Staats- und Regierungschefs akzeptieren den Erhalt der Direktzahlungen und eine Aufstockung der ländlichen Förderprogramme. Selbst die Niederlande halten sich mit Kritik am zukünftigen EU-Agrarhaushalt zurück. Für die Direktzahlungen und die Marktausgaben sieht der von EU-Ratspräsident

Charles Michel präsentierte Kompromissvorschlag 258,2 Mrd. Euro für die Jahre 2021 bis 2027 vor, er folgt damit dem Kommissionsentwurf vom Mai dieses Jahres. Für die Ländliche Entwicklung sind 75 Mrd. Euro aus dem EU-Agrarhaushalt und 15 Mrd. Euro aus dem Aufbaufonds ("NextGenerationEU") vorgesehen. Insgesamt will der EU-Ratspräsident die Ausgaben für den Mehrjährigen Finanzrahmen für die Jahre 2021 bis 2027 um 24 Mrd. Euro, gegenüber dem Kommissionvorschlag von 1,1 Billionen Euro, kürzen.

Umstritten bleibt unter den EU-Mitgliedstaaten vor allem der Aufbaufonds über 750 Mrd. Euro, von denen 500 Mrd. Euro als Zuwendungen und 250 Mrd. Euro als Kredite vergeben werden sollen. Die besonders von COVID-19 betroffenen EU-Mitgliedstaaten Italien und Spanien drängen auf einen raschen Gipfelbeschluss. Die Niederlande, Österreich und Skandinavien sehen dagegen noch erheblichen Verhandlungsbedarf. Sie wollen sicherstellen, dass die Mittel nicht ausufern und deren Vergabe an strenge Kriterien geknüpft wird. Bundeskanzlerin **Angela Merkel** strebt aus Sicht der deutschen EU-Ratspräsidentschaft eine baldige Einigung über diese Punkte an. Ein Beschluss gleich im ersten Anlauf sei aber keine ausgemachte Sache, betont sie. (Schluss) mö

COVID-19 trübt die mittelfristigen Aussichten im globalen Agrarsektor

OECD und FAO präsentieren "Agricultural Outlook 2020-2029"

Berlin/Paris, 16. Juli 2020). - Die allgemein positiven, mittelfristigen Aussichten für die Agrarproduktion und den Nahrungsmittelkonsum weltweit werden auf kurze Sicht durch die wirtschaftlichen und sozialen Effekte der Corona-Pandemie getrübt. Regierungen sollten einerseits durch eine ausgewogene Politikgestaltung den unmittelbaren Erfordernissen gerecht werden, etwa den Arbeitskräfte-Engpässen, und andererseits beim Wiederaufbau des Sektors nach der Pandemie für nachhaltige Verbesserungen sorgen. Dies ist das Ergebnis der aktuellen Prognose "Agricultural Outlook 2020-2029", die heute von OECD-Generalsekretär **Angel Gurría** und dem Generaldirektor der FAO, **Qu Dongyu**, vorgestellt wurde. * * * *

Der Kampf gegen die COVID-19-Pandemie hat zu einer ausgeprägten Unsicherheit in den globalen Lieferketten der Nahrungsmittelversorgung geführt. So muss laut OECD/FAO bei Agrarproduktion, Nahrungsmittelverarbeitung, Arbeitskräften, Zulieferindustrien, Transport sowie Logistik mit Engpässen gerechnet werden. Hinzu kommt, dass sich die Nachfrage nach Nahrungsmitteln und gastronomischen Dienstleistungen verändert.

Angebot wächst stärker als die Nachfrage

Dem "Agricultural Outlook 2020-2029" von OECD/FAO zufolge, wird das Angebot in den nächsten zehn Jahren insgesamt stärker wachsen als die Nachfrage. Dadurch dürften die Realpreise der meisten Agrarrohstoffe auf ihrem derzeitigen Niveau bleiben oder sinken. Fluktuationen bei entscheidenden Angebots- und Nachfragefaktoren könnten jedoch zu höheren Preisausschlägen führen. Sinkende Einkommen in Niedriglohnländern und -haushalten infolge der COVID-19-Krise dürften in den ersten Jahren des Berichtszeitraums die Nachfrage dämpfen und die Ernährungssicherheit weiter verschlechtern, geben die Experten zu bedenken.

Das Wachstum der Weltbevölkerung bleibt der wesentliche Nachfragetreiber. Die Konsumgewohnheiten und die erwarteten Nachfragetrends hängen jedoch vom Einkommensniveau und Entwicklungsstand des jeweiligen Landes ab. Bis 2029 dürfte, der Prognose zufolge, die durchschnittliche Nahrungsmittelverfügbarkeit pro Kopf rund 3.000 kcal und 85 g Protein pro Tag erreichen.

Verlagerung des Konsums

Der Anteil der Grundnahrungsmittel am Gesamtkonsum dürfte bis 2029 in allen Einkommensgruppen abnehmen. Grund dafür ist die weltweit anhaltende Verlagerung des Konsums auf tierische Erzeugnisse, Fette und andere Nahrungsmittel. Vor allem in Ländern der mittleren Einkommensgruppe dürften die Verbraucher zusätzliche Einkünfte nutzen, um ihre Ernährung von Grundnahrungsmitteln auf höherwertige Produkte umzustellen. Gleichzeitig dürften ökologische und gesundheitliche Erwägungen in Hocheinkommensländern eine Abkehr von tierischen Proteinen zugunsten alternativer Proteinquellen begünstigen.

Tierische Erzeugung wächst schneller als der Viehbestand

Die Steigerung der globalen Erntemengen in den nächsten zehn Jahren wird laut der Prognose zu rund 85% auf den erhöhten Einsatz von Vorleistungen, Investitionen in Produktionstechnologien und bessere Anbaumethoden zurückgehen. Weitere 10% sind durch Mehrfachernten zu erklären, und lediglich 5% entfallen auf die Ausweitung der Anbauflächen. Aquakulturen werden, den Projektionen zufolge, bis 2024 den Wildfang als wichtigste Quelle für Fischereierzeugnisse ablösen. Die tierische Erzeugung dürfte weltweit mit einem Wachstum von 14% schneller steigen als der Viehbestand. Der Einsatz von Futtermitteln wird proportional zur tierischen Erzeugung und Aquakulturproduktion zunehmen, da Verbesserungen der Futtereffizienz durch eine höhere Fütterungsintensität aufgrund des sinkenden Anteils an Kleinstbauern aufgewogen werden.

Investitionen in produktiven und stabilen Agrarsektor wichtig

Der "Agricultural Outlook 2020-2029" unterstreicht, wie wichtig es gerade in unsicheren Krisenzeiten ist, in die Schaffung produktiver, resilienter und nachhaltiger Produktionssysteme zu investieren. Zu den aktuellen Herausforderungen zählen neben COVID-19 auch die Heuschreckenplage in Ostafrika und Asien, die anhaltende Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest, die Häufung extremer Wetterereignisse sowie Spannungen zwischen bedeutenden Handelsmächten.

"Darüber hinaus muss das Ernährungssystem an die veränderten Ernährungsweisen und Verbraucherpräferenzen angepasst werden und sollte verstärkt digitale Innovationen in den Lieferketten für Agrarnahrungsmittel nutzen. Innovationen sind von entscheidender Bedeutung, um die Resilienz des Ernährungssystems in Zeiten großer Herausforderungen zu verbessern", betonen OECD und FAO.

Die vollständige Prognose ist auf der Website www.agri-outlook.org finden. Hier stehen auch zusätzliche Informationsmaterialien sowie die Rohdaten zum Download zur Verfügung. (Schluss)

Corona-Krise: EU-Kommission fordert Maßnahmen zum Schutz von Saisonarbeitskräften

Mitgliedstaaten erhalten Leitlinien zur Umsetzung an die Hand

Brüssel, 16. Juli 2020 (aiz.info). - Die EU-Kommission legt heute Leitlinien vor, um den Schutz von Saisonarbeitkräften in den Mitgliedstaaten vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie zu gewährleisten. Sie bietet den nationalen Stellen, den Arbeitsaufsichtsbehörden sowie den Sozialpartnern Orientierungshilfen, um die Rechte, die Gesundheit und die Sicherheit von Saisonarbeitskräften zu gewährleisten und sicherzustellen, dass diesen ihre Rechte bekannt sind. * *

Nicolas Schmit, der für Beschäftigung und soziale Rechte zuständige EU-Kommissar, erklärte dazu: "Jedes Jahr tragen Hunderttausende Saisonarbeitskräfte dazu bei, überaus wichtige Wirtschaftszweige der EU, wie den Nahrungsmittel- und Landwirtschaftssektor, zu unterstützen. Die Pandemie hat die schwierigen Lebens- und Arbeitsbedingungen, mit denen diese Personen konfrontiert sind, ins Licht gerückt. Dieser Problematik muss man sich stellen. Unsere Leitlinien sind ein Weckruf an die Mitgliedstaaten und Unternehmen, dafür zu sorgen, dass sie ihrer Pflicht nachkommen, unverzichtbare, aber schutzbedürftige Arbeitskräfte zu schützen."

Die Leitlinien decken eine Reihe von Aspekten ab, darunter das Recht von Saisoniers, in einem EU-Mitgliedstaat zu arbeiten, unabhängig davon, ob sie EU-Bürger sind oder aus Ländern außerhalb der EU kommen. Weiters angemessene Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie die klare Unterrichtung der Arbeitskräfte über ihre Rechte, aber auch die Aspekte Schwarzarbeit und Sozialversicherung.

Einzelstaatliche Maßnahmen

Die Leitlinien enthalten konkrete Empfehlungen und Vorschläge für Maßnahmen, die auf nationaler oder EU-Ebene durchgeführt werden sollen. Dazu zählen etwa die Aufforderung, menschenwürdige Arbeitsbedingungen für Saisonarbeitskräfte zu gewährleisten sowie das Bewusstsein für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, zu schärfen. Ebenso sollen die Arbeitgeber bei der Umsetzung der einschlägigen rechtlichen Anforderungen unterstützt werden und den Arbeitskräften klare Informationen zur Verfügung stellen. Kleineren Unternehmen sollen diesbezüglich Leitlinien an die Hand gegeben werden. Ferner sei es notwendig, die Vor-Ort-Kontrollen zu verstärken, um die ordnungsgemäße Anwendung der Arbeitsschutzvorschriften für Saisonarbeitskräfte sicherzustellen.

Kommission plant auch Schritte auf EU-Ebene

Auch auf EU-Ebene sind eine Reihe von Maßnahmen zur Stärkung des Schutzes der Rechte von Saisonarbeitskräften geplant, darunter unter anderem eine Studie zur Erhebung genauer Daten über Saisonarbeit innerhalb der EU und zur Ermittlung der wichtigsten Herausforderungen.

Diese Maßnahmen ergänzen die am 30. März 2020 veröffentlichten Leitlinien für die Ausübung der Freizügigkeit der Arbeitskräfte während des COVID-19-Ausbruchs und entsprechen einer Forderung des EU-Parlaments in seiner Entschließung vom 19. Juni 2020 zum Schutz von Grenzgängern und Saisonarbeitskräften. (Schluss)

Köstinger: Schulmilchprogramm wird ausgebaut

Höhere Beihilfe macht Schulmilch billiger - Schnupperaktion für alle Volksschulstufen

Wien, 16. Juli 2020 (aiz.info). - Landwirtschaftsministerin **Elisabeth Köstinger** hat eine Änderung der Verordnung "Schulprogramm für landwirtschaftliche Erzeugnisse" initiiert. Sie betrifft Beihilfen für die Abgabe von Milch und Milcherzeugnissen, Obst sowie Gemüse in Bildungseinrichtungen. Damit sollen die Verfügbarkeit und Leistbarkeit dieser Produkte für Kinder und Schüler in ausreichender Menge garantiert werden. "Milch aus heimischer Produktion schmeckt, ist gesund und unterstützt unsere Bauern. Für so manches Kind ist das die erste kleine 'Mahlzeit' am Tag. Mit dem Schulmilchprogramm fördern und stärken wir die regionale Landwirtschaft, machen Milchprodukte für Familien leistbarer und gewährleisten die Versorgung der Kinder mit ungezuckerten Schulmilchprodukten", betont die Ministerin. * * * *

Die Verordnung wurde bereits erlassen und wird schon für das kommende Schuljahr anwendbar sein. Sie bringt eine Erhöhung der Beihilfe für Milch, laktosefreie Milch, Joghurt, Buttermilch sowie Sauermilch von 40 Euro/100 kg auf 60 Euro/100 kg. Dadurch wird die tägliche 250-ml-Portion Schulmilch um durchschnittlich 5 Cent günstiger.

In den vergangenen Jahren haben rund 2.400 Kindergärten und Schulen mit rund 65.000 Kindern am Programm teilgenommen. Künftig wird die "Schnupperaktion", bei der sämtliche Kosten für eine Woche übernommen werden, von der ersten Schulstufe auf alle weiteren Schulstufen der Volksschule ausgedehnt. "Wir haben das Glück, Produkte in exzellenter Qualität aus regionaler Herstellung anbieten zu können. Das verdanken wir unseren Bäuerinnen und Bauern, die Schulmilch aus gentechnikfreier Fütterung und entsprechend den AMA-Gütesiegel-Richtlinien erzeugen", so Köstinger. (Schluss)

Bundesrat gibt grünes Licht für das Waldfondsgesetz

Keine Einwände gegen Futtermittel- und Pflanzenschutzmittelgesetz

Wien, 16. Juli 2020 (aiz.info). - Mit Stimmenmehrheit hat gestern der Bundesrat grünes Licht für das Waldfondsgesetz gegeben. Es sieht, wie berichtet, ein Maßnahmenpaket für den Forst- und Holzsektor im Umfang von 350 Mio. Euro vor. Die Wiederaufforstung ist eines der zentralen Elemente des Forstpakets, weitere wichtige Schwerpunkte sind die Abgeltung von Borkenkäferschäden, die Forcierung des Holzbaus sowie die Forschungstätigkeit im Bereich Holzgas und Holzdiesel. Bundesministerin **Elisabeth Köstinger** unterstrich in der Länderkammer, dass mit diesem Paket Investitionen in eine nachhaltige und zukunftsfitte Forstwirtschaft unterstützt werden. Sie kündigte an, dass ab Herbst 2020 die entsprechenden Förderanträge gestellt werden können. Im Nationalrat war das Waldfondsgesetz bereits am 7. Juli beschlossen worden. * * * *

Bestätigung erteilte der Bundesrat gestern auch dem Futtermittelgesetz, demzufolge Abläufe in der Futtermittelkontrolle digitalisiert werden sollen, sowie dem Pflanzenschutzmittelgesetz, in dem Bestimmungen infolge einer Kompetenzbereinigung bei der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln geändert werden. Schließlich machte die Länderkammer den Weg für Änderungen im Umweltförderungsgesetz frei, wodurch Mittel in der Höhe von 200 Mio. Euro für gewässerökologische Maßnahmen in den Jahren 2020 bis 2027 bereitgestellt werden. (Schluss)

BRD: Erträge bei Wintergerste fallen heuer deutlich geringer aus

Landwirte hoffen auf trockene Witterungsbedingungen

Berlin, 16. Juli 2020 (aiz.info). - Die deutsche Wintergerstenernte dürfte heuer insgesamt 8,9 Mio. t ausmachen. Damit liegt die Menge in etwa im Mittel der Jahre 2015 bis 2019, aber mit -9% um 900.000 t unter dem Vorjahresergebnis von 9,8 Mio. t. Dieser Rückgang ist auf eine kleinere Anbaufläche von 1,32 Mio. ha (- 2,3% gegenüber 2019) und auf geringere Hektarerträge von 6,7 t (-7%) zurückzuführen. Dies geht aus dem ersten Erntebericht des Deutschen Bauernverbandes (DBV) hervor. "Die Druschergebnisse bei der Wintergerste bestätigen die erwarteten Mindererträge in vielen Regionen, die auf die Frühjahrstrockenheit im März und April sowie auf die Frostereignisse im Mai zurückzuführen sind", erläutert DBV-Präsident **Joachim Rukwied** die Ergebnisse. * * * *

Ernte immer wieder unterbrochen

"Die Wintergerstenerträge fallen heuer in Abhängigkeit von den Niederschlagsmengen und deren Verteilung, der Bodengüte und damit der Wasserhaltefähigkeit der Böden selbst kleinräumig sehr heterogen aus. Ebenfalls sehr unterschiedlich gestaltet sich der Fortgang der Erntearbeiten. Die unbeständigen Witterungsbedingungen der letzten beiden Wochen haben die Landwirte immer wieder zu Erntepausen gezwungen. Die Ernte von Winterweizen und von Winterraps hat erst in wenigen Regionen begonnen", berichtet Rukwied.

Für einen zügigen Fortgang der Getreide- und Rapsernte hoffen die deutschen Landwirte auf trockene Witterungsbedingungen in den nächsten Wochen. "Gerade der Winterweizen verliert an Qualität, wenn die erntereifen Bestände wiederholten Niederschlägen ausgesetzt sind und somit nicht geerntet werden können", so der DBV-Präsident. Winterweizen ist die wichtigste Getreideart im deutschen Anbau. Für eine üppige Entwicklung der Maisbestände und des Grünlandaufwuchses ist dagegen eine gleichmäßige Wasserversorgung erforderlich, damit Futterbaubetriebe ausreichend Grundfutter für ihre Tierbestände bergen können.

Der Erntebericht des DBV basiert auf Umfragen unter den 18 Landesbauernverbänden über die tatsächlich geernteten Mengen. Über den weiteren Verlauf der Getreide- und Rapsernte wird der DBV in 14 Tagen berichten. (Schluss)

Problemwolf in Tirol soll mit Sender ausgestattet werden

Damit können Nutztierhalter frühzeitig informiert werden

Innsbruck, 16. Juli 2020 (aiz.info). - Nachdem am vergangenen Sonntag höchstwahrscheinlich ein Wolf im Paznauntal auf der Alpe Medrig sein Unwesen trieb und die Zahl der in den vergangenen Wochen in dieser Region tot aufgefundenen Schafe auf nunmehr 21 gestiegen ist, wird von einem Problemwolf ausgegangen. Gestern haben sich Vertreter der Landesregierung, der Jägerschaft, der Landwirtschaftskammer etc. darauf verständigt, das Tier mit einem Sender auszustatten. "Nur zuzusehen, wie unsere Nutztiere auf den Almen zusehends zum Wolfsfutter werden, ist für mich definitiv keine Lösung", so LH-Stellvertreter **Josef Geisler**. * * * *

Bereits in der Vergangenheit hatte Geisler betont, wenn notwendig, von den gesetzlichen Möglichkeiten zum Schutz der Nutztiere Gebrauch machen zu wollen. "Diese Notwendigkeit ist aktuell mehr als gegeben, wenn man sich die Bilder der gerissenen und leidvoll zugrunde gegangenen Nutztiere auf unseren Almen ansieht." Aus diesem Grund wurde heute die Fachabteilung damit beauftragt, unter Wahrung aller Anhörungsrechte, eine Verordnung vorzubereiten, mit der auch formalrechtlich die Gefährlichkeit des schadenstiftenden Wolfs festgestellt wird.

Wolfmanagementplan sieht in letzter Konsequenz Entnahme vor

"Auch, wenn es durchaus eine Herausforderung wird: Wir wollen in den nächsten Wochen nichts unversucht lassen, um den Wolf zu besondern. Wenn dies gelingt, weiß die Behörde in Zukunft genau, wo sich das Tier zu welcher Zeit aufhält. Dann können die Nutztierhalter frühzeitig informiert und so im besten Fall viel Tierleid verhindern werden", skizziert Geisler.

Allgemein empfiehlt der Österreichische Wolfmanagementplan eine Entnahme, wenn gelindere Maßnahme nicht zum gewünschten Erfolg führen und Wölfe ohne ersichtlichen Grund aggressiv auf Menschen reagieren oder wiederholt sachgerecht geschützte Nutz- und Haustiere töten. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass Präventionsmaßnahmen zum Schutz von Tieren ausgereizt sein müssen. (Schluss)

Tirol: Eichenwälder als Klimaschützer

Neue Initiative im Rahmen des Programms "Klimafitter Bergwald"

Innsbruck, 16. Juli 2020 (aiz.info). - Das Land Tirol hat das Programm "Klimafitter Bergwald" ins Leben gerufen, um die Wälder dem sich verändernden Klima anzupassen. Das Optimum der weit verbreiteten Fichtenwälder verschiebt sich aufgrund der Erwärmung und der damit einhergehenden Anfälligkeit für Schädlinge in höhere Lagen. Daher werden die Waldbesitzer auf dem Weg zum standortgerechten Mischwald in Tallagen mithilfe dieser Initiative unterstützt, wobei man jetzt verstärkt auf die Eiche setzt. * * * *

Die Initiative "Eichenreiche Mischwälder" fügt sich nahtlos in das Programm "Klimafitter Bergwald Tirol" des Landesforstdienstes ein und leistet einen Beitrag dazu, die Wälder an den Klimawandel anzupassen. Die Eiche gilt als besonders bodentolerant und robust in Bezug auf Trockenperioden sowie Stauwasser. Sie trägt durch ihre tiefgehenden Wurzeln auch zur Stabilisierung der Berghänge bei. Als guter CO₂-Speicher verbessert diese Baumart auch die Luftqualität.

Das Land Tirol unterstützt die Anlage von natürlichen, standortangepassten Eichenwäldern im Umfang von 65.000 Euro. Im Rahmen des Projektes sollen auf 23 geeigneten Teilflächen in Nordtirol konkrete Umsetzungsmaßnahmen gesetzt werden. Dazu zählen die Förderung der natürlichen Verjüngung, die aktive Pflanzung von Eichen und das vorübergehende Einzäunen der Jungwuchsflächen. Die Bäume für die Bepflanzung kommen aus dem Landesforstgarten. Zudem wurden jetzt auch in Osttirol Stieleichen in Siedlungsnähe gepflanzt. Eine vom Land Tirol in Auftrag gegebene Studie kommt zu dem Ergebnis, dass derzeit nur ein kleiner Teil der potenziellen Eichenwaldstandorte von dieser Baumart bewachsen ist. (Schluss)

Kasachstan: Zu Beginn des Wirtschaftsjahres deutlich weniger Getreidevorräte

Restmenge an Weizen niedriger, mehr Gerste auf Lager

Nursultan/Kiew, 16. Juli 2020 (aiz.info). - Kasachstan hatte zu Beginn des Wirtschaftsjahres 2020/21 nur etwa 3,4 Mio. t an Übergangsvorräten von Getreide auf Lager. Das ist die kleinste Menge seit fünf Saisonen. Sie liegt um 0,6 Mio. t unter dem Wert des Vorjahres, berichtet der ukrainisch-russische landwirtschaftliche Analysen- und Informationsdienst APK-Inform unter Berufung auf Angaben des kasachischen Komitees für Statistik. Dabei fiel die Restmenge von Weizen mit rund 2,7 Mio. t im Jahresvergleich um 0,7 Mio. t kleiner aus, während jene von Gerste sich um 0,1 auf gut 0,5 Mio. t vergrößerte. Nach Schätzungen von APK-Inform dürften die Übergangsvorräte an Getreide Anfang Juli 2021 um 9% höher liegen als vor Jahresfrist. (Schluss) pom